

BastA!

Basels starke Alternative

ABSTIMMUNG

STANDORTPAKET: VIEL GELD FÜR WENIGE - IST DAS WÜNSCHENSWERT?

AZB
CH-4005 Basel
P.P. / Journal
POST CH AG
Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

Am 18. Mai



NEIN

Keine Umverteilung nach oben!

Nein zum ungerechten Standortförderungsgesetz

baselfueralle.ch

Bildquelle: Jan Hostettler, Basel für alle

Mit dem Standortpaket, über das wir im Mai abstimmen werden, treibt der Regierungsrat seine Politik zu Gunsten der grossen Player, insbesondere der Pharmafirmen, auf die Spitze. Es zeigt sich deutlich, dass die Begriffe «Standortförderung» oder «Standortattraktivität» sehr eng definiert werden: Basel soll vor allem für multinationale Konzerne als Steuerparadies attraktiv sein.

Die Mehreinnahmen aus der Umsetzung der OECD-Mindeststeuer sollen nach Willen der Regierung deshalb auch möglichst vollumfänglich wieder an diese Konzerne zurückfliessen.

Nach Hearings der vorbereitenden Grossratskommission (WAK) mit den Konzernen zeigte sich, dass aufgrund der Erhöhung der Gewinnsteuer auf 15% schätzungsweise bis zu 500 Millionen Franken mehr an Steuereinnahmen pro Jahr anfallen werden. Das Standortpaket ist also eine gigantische Umverteilungsübung – in die falsche Richtung!

Wir sind uns wohl alle einig, dass Basel eine attraktive Stadt sein soll. Wie diese Attraktivität jedoch definiert wird, darüber besteht keine Einigkeit. Die Ansicht der Regierung und der Mehrheit des Grossen Rates lä:

weiter auf Seite 2



SEITE 5

JA ZU SICHEREN VELOWEGEN



SEITE 10

WIE SANS-PAPIERS DAS RECHT AUF BILDUNG UND GESUNDHEIT ENTZOGEN WIRD

MIT EXTRA POSTER

- 1. Mai 10.00 Uhr Messeplatz
Demo und Fest auf dem Barfi
- 18. Mai
**Abstimmungssonntag
(Parolen in Kürze S. 4)**
- 26. Mai, 19.00 Uhr
Koordination
- 14. Juni
Feministischer Streik und Frauenstreik Basel
- 18. Juni 19.00 Uhr
Mitgliederversammlung
- 21. Juni, 16.00 Uhr
BastA! -Jubiläum im Oekolampad
- 28. Juni,
Basel tickt bunt (mehr Infos unter baselticktunt.ch)

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinationssitzungen, die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.– pro Monat respektive Fr. 120.– pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr. 02/2025
 Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Andreas Suter, Lukas Romer, Kasimir Krneta
 Layout und Bildredaktion: Franziska Stier
 Auflage: 1200;
 Druck: Rumzeis Basel
 Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
 E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch
 Telefon: 061 / 691 16 31
 Konto: IBAN CH22 0900 0000 4003 1244 5

sich etwas verkürzt folgendermassen darstellen: Geht es den grossen Konzernen gut, geht es uns allen in Basel gut, und das ist die Hauptsache. Aber geht es uns wirklich gut, wenn wir uns in dieser enormen Abhängigkeit von ein paar wenigen grossen Firmen bewegen? Wenn wir uns aufführen, als seien wir allein auf der Welt und die Schwierigkeiten der Menschen im Globalen Süden gingen uns nichts an?

Die Tatsache, dass der Steuerdumping-Wettbewerb, bei dem der Standort Basel fleissig mitmischt, auf nationaler und globaler Ebene enorm destruktive Auswirkungen hat, wird ignoriert oder es wird argumentiert, dass Basel-Stadt dabei mitspielen muss, weil sonst der Untergang droht. In der bz vom 12.4. wird Regierungsrat Sutter im Zusammenhang mit seinem vehementen Engagement für das Standortpaket folgendermassen zitiert: «Als Regierungsrat trage er die Verantwortung für Wirkung und Folge seines Handelns – und nicht so sehr für das Wünschenswerte.»

Ob damit gemeint ist, dass der Regierungsrat die Verantwortung für die verheerenden Auswirkungen des Steuerdumpings auf die Menschen im Globalen Süden trägt? Wohl kaum! Der Abstimmungskampf gegen das Standortpaket bietet aber durchaus die Gelegenheit sich Gedanken über das Wünschenswerte zu machen.

In unserem Alltag und in der «Alltagspolitik» im Grossen Rat sind wir immer wieder damit konfrontiert, dass zu wenig Mittel für durchaus Wünschenswertes oder sogar unbedingt Notwendiges zur Verfügung stehen. Jüngstes Beispiel ist die Argumentation des Regierungsrates, warum Basel-Stadt künftig einen Grossteil seiner Daten beim US-Konzern Microsoft speichert: «Man sei sich der Abhängigkeit von Office-Produkten bewusst, so die Regierung. Ein Anbieter- und ein Produktwechsel sei nicht realistisch, zu risikoreich und teuer.» (bz vom 12.4.) In Stellungnahmen zu Vorstössen, die eine Ausweitung der staatlichen Unterstützung verlangen, verweist der Regierungsrat immer wieder darauf, dass die verfügbaren Mittel im Sozialbereich begrenzt seien – zuletzt bei der Forderung, das Maximalalter für

den Anspruch auf Ausbildungsbeiträge zu erhöhen. Auch im Bildungsbereich werden durchaus sinnvolle und wichtige Forderungen mit Verweis auf die begrenzten Mittel abgelehnt oder nur teilweise erfüllt. Organisationen in der Sozialberatung, Überlebenshilfe, Betreuung, Quartierarbeit, Kultur, Prävention usw., die vom Kanton Staatsbeiträge erhalten, müssen oft damit rechnen, dass ihre gut begründeten Anträge auf Erhöhung der Finanzmittel abgelehnt werden – mit Verweis auf die begrenzten Mittel. Menschen, die in der Pflege, im öffentlichen Verkehr, in der Tagesbetreuung arbeiten, leiden unter zunehmendem Arbeitsdruck, Fachkräftemangel, verdichteten Pensen. Das hat negative Auswirkungen auf die Lebensqualität von uns allen.

Wie sähe Basel wohl aus, wenn der Service public ausgebaut würde, wenn in der Pflege, in der Bildung, im ÖV und vielen weiteren Bereichen die Arbeitsbedingungen verbessert würden, wenn der Wohnungsmarkt der Gewinnmaximierung entzogen würde, wenn der öffentliche Verkehr für alle kostenlos wäre?

Mit einem Nein zum Standortpaket lancieren wir die Diskussion über das Wünschenswerte neu!



Heidi Mück, Grossrätin BastA!

AKTIONSTAGE

mit Haustürgesprächen, Infoständen und Steckaktionen in ganz Basel

3. MAI ab 10.00 Uhr
10. MAI ab 10.00 Uhr

**mehr Infos unter:
 baselfueralle.ch**

UNSERE NEUEN VORSTANDSMITGLIEDER

Seit dem 27. März haben wir einen neuen Vorstand und ein neues Basta!-Präsidium. Es ist also Zeit für eine kleine Vorstellungsrunde der «Neuen». Felix Güthe und Kasimir Krneta sind aus dem Vorstand ausgeschieden. Dafür konnten wir Simay, Lukas, Laurent, Hatice und Tila neu begrüßen. Oliver Bolliger ist neu Basta!-Präsident und Tonja Zürcher und Nicola Goepfert begleiten als Co-Vizepräsidium. Unser Ziel ist es, im nächsten Jahr wieder ein quotiertes Co-Präsidium zu haben. Weiterhin im Vorstand sind Patrick Vögelin, James McGhee und Sina Deiss.



Simay Kardagli

Politik ist nicht nur etwas, das im Parlament passiert – es ist etwas, das wir jeden Tag gemeinsam gestalten.

Ich war gerade einmal 2 Jahre alt, als der Militärputsch von 1980 die Linke in der Türkei zerschlug. In der Türkei hatte jede Generation ihre eigenen grossen Kämpfe: 1960, 1971, 1980, 2013 im Gezi-Park und jetzt die jüngsten Aufstände im März 2025 – immer für Demokratie und Gerechtigkeit. Der lange und immer noch andauernde Kampf für Demokratie in der Türkei hat meinen Glauben an die Notwendigkeit von Aktivismus und die Kraft der Solidarität geprägt und ist ein wichtiger Grund, warum ich vor 2 Jahren begonnen habe, mich hier in Basel mit Basta in der lokalen politischen Szene zu engagieren.

Auch wenn die Schweiz und die Türkei in vielerlei Hinsicht weit voneinander entfernt zu sein scheinen, ist der Kampf für soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmer:innenrechte, Geschlechtergleichstellung, Umweltgerechtigkeit und Demokratie hier in der Schweiz genauso relevant. Und diese Themen sind für mich noch persönlicher geworden, seit ich Mutter bin. Ich habe einen 10-jährigen Sohn und mache mir ständig Sorgen um die Welt, in der er aufwächst – nicht nur in Bezug auf die Klimakrise, sondern auch aufgrund des jüngsten alarmierenden Aufstiegs

rechtsextremer Bewegungen in Europa und den USA. Es erschreckt mich, wenn ich daran denke, dass Intoleranz und Autoritarismus ein Comeback erleben. Deshalb glaube ich, dass politisches Engagement nicht mehr nur eine Wahl ist – es ist eine Verantwortung.

Ein Teil von Basta zu werden ist meine Art, für diese Ideen zu kämpfen, mich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und dabei Spass zu haben – denn seien wir ehrlich, Aktivismus ist harte Arbeit und niemand von uns kann es allein schaffen, ohne irgendwann in ein Burn-out zu geraten. Gemeinsam sind wir mental und körperlich stärker. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit euch allen.



Laurent Schüpbach

Hallo, ich bin Laurent Schüpbach (er/ihm). Ich komme aus dem Schweizer Jura. Ich arbeite in der Cybersicherheit. Die Klimaangst hat mich politisiert, Basel 2030 fand ich einen mega guten Hebel und guten Weg, sich zu engagieren. Ich möchte mich weiterhin für das Klima engagieren. Angesichts des Aufstiegs der extremen Rechten und des Niedergangs der (sozialen) Medien möchte ich darüber nachdenken, wie wir ausserhalb unserer Blase kommunizieren und sicherstellen können, dass die Bevölkerung versteht, was wir für wichtig halten.



Nertila Ramadani

In einer Zeit, in der rechtspopulistische Strömungen europaweit und auch in der Schweiz zunehmend an Einfluss gewinnen, ist es mir ein besonderes Anliegen, die Werte von Inklusion, Gleichberechtigung und Solidarität zu verteidigen. Der gesellschaftliche Rechtsrutsch macht deutlich, wie schnell Errungenschaften in Frage gestellt werden können, die wir lange als selbstverständlich betrachtet haben.

Auch in Basel-Stadt – einem vermeintlich «linken» Kanton – zeigte die letzte Abstimmung zum Ausländerstimmrecht einmal mehr, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben, wenn es um eine wirklich inklusive und gerechte Gesellschaft geht. Gerade deshalb ist es für mich wichtiger denn je, politisch aktiv zu bleiben und meinen Beitrag im Rahmen der Basta-Arbeit zu leisten – für eine Gesellschaft, in der alle Menschen mitegedacht werden.

Als Person mit Migrationserfahrung weiss ich aus erster Hand, wie entscheidend Inklusion und der Zugang zur Gesellschaft sind. Als Anwältin weiss ich jedoch auch, dass solche Rechte und Ansprüche nur durch solide gesetzliche Grundlagen wirklich gesichert werden können – sei es in der Gender-, Migrations-, Klimapolitik oder der Politik gegen Ableismus.

Ich habe gelernt, dass sich echte Veränderungen nicht nur durch gutes Zureden oder gute Absichten erreichen lassen. Wenn sich wirklich etwas bewegen soll, braucht es Anpassungen in den Gesetzen.



Lukas Romer

Mein Name ist Lukas Romer, ich bin 50 Jahre alt und lebe als vom Kanton St. Gallen Zugezogener mit Unterbruch seit etwa 25 Jahren in Basel. Ich arbeite als Assistent an der juristischen Fakultät der Universität Luzern und bin daneben noch selbständiger und bei der WOZ aushelfender Korrektor. Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben mich vor einem Jahr dazu bewegt, den Schritt vom Beobachter hin zu stärkerem aktivem Engagement zu wagen. Meine ersten politischen Erfahrungen sammelte ich mit der GSoA und der Alpeninitiative (heute Pro Alps). BastA! war regelmässig «meine Wahl», seit ich in Basel lebe, und die offene, freundschaftliche Atmosphäre, die ich seit meinem Beitritt erfahre, haben mich dazu motiviert, mich durch Vortragsarbeit stärker einzubringen.



Hatice Kul

Mein Name ist Hatice Kul und ich bin 55 Jahre alt. Ich bin alleinstehende Mutter von 3 Jungs. Als ich neun war, bin ich mit meinen Eltern von Elbistan (Türkei) nach Deutschland umgezogen. 1992 sind wir schliesslich nach Münchenstein gekommen und ich lebe seither in der Region Basel. Seit 2023 in Allschwil. Aktuell arbeite ich als Pflegeassistentin im Notfallpool für neun verschiedene Kantone. Davor war ich selbstständig im Bereich Catering. Neben dem Beruf engagierte ich mich in vielen Bereichen. So war ich von 2017 bis 2021 als Generaldirektorin zuständig für das Kulturhaus Basel und von 2018 bis 2021 Vorsitzende des Lila Rot Kollektivs. Daneben bin ich Mitglied bei der Gewerkschaft Unia, dem Roten Kreuz Basel und war aktiv im Quartiertreffpunkt Kleinhüningen. Ich war viele Jahre aktiv bei Frauen Fit und Fröhlich mit Zumba Basel. Seit 2018 bin ich Mitglied bei BastA!, nun auch hier im Vorstand aktiv. BastA! ist für mich ein politisches Zuhause und ich hoffe, dass ich hier viele Ideen einbringen und Menschen inspirieren kann.

PAROLEN IN KÜRZE

JA ZUR INITIATIVE FÜR SICHERE VELOWEGE

- Die Initiative will 50 km sichere Velorouten in Basel schaffen
- Sie schafft verbindliche Mindestmasse für die Gestaltung und Sicherheit von Velorouten

JA ZUM GEGENVORSCHLAG

- Der Gegenvorschlag will 40 km sichere Velorouten in Basel schaffen, wobei die Mindestvorgaben zu Sicherheit und Ausgestaltung dem Bau- und Verkehrsdepartement überlassen werden

DARUM: STICHFRAGE INITIATIVE

NEIN ZUM STANDORT-FÖRDERUNGSGESETZ

- Mit dem Standortfördergesetz will der Kanton die Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer an die Konzerne rückverteilen
 - Dazu sollen zwei Fonds geäuft und bis zu 500 Mio. Franken zur Verfügung gestellt werden.
 - 400 Mio. Franken sollen für Innovation bereitgestellt werden und können nur von internationalen Konzernen mit mehr als 750 Mio. Franken Umsatz abgerufen werden.
 - 100 Mio. Franken sollen in einen Fonds für Gesellschaft und Umwelt fliessen. Massnahmen für Klimaschutz und bspw. Elternzeit können von weiteren Unternehmen beantragt werden. Kantonale Betriebe wie das Unispital können nicht von dieser Regelung profitieren
- mehr Infos unter:
baselfueralle.ch**

Wir feiern 30 Jahre BastA! am 21.6.2025
ab 16 Uhr im Gemeindehaus Oekolampad
Mehr Infos unter www.basta-bs.ch



Basta!

Jetzt Mitglied werden!



MIT DEM VELO SICHER UND ENTSPANNT ANS ZIEL

Mehr als die Hälfte der Basler*innen fährt mit dem Velo zu Arbeit oder Schule und nutzt es auch in der Freizeit. Also alles gut? Leider nicht.

Ein Viertel der Bevölkerung würde gerne das Velo nutzen, aber macht es nicht, weil es zu gefährlich ist. Genau deshalb braucht es die Initiative für sichere Velorouten, über die wir am 18. Mai abstimmen.

Die Initiative sorgt für durchgehende und sichere Velorouten im ganzen Kanton. Entscheidend ist, dass nicht nur ein gelbes Velo auf die Strasse gepinselt wird, sondern die Strasse tatsächlich für Velofahrer*innen sicher gemacht wird. Gefährliche Kreuzungen müssen umgestaltet und auf Strecken mit viel Autoverkehr separate Velowege geschaffen werden. Auch braucht es genügend Platz, damit schnell fahrende E-Bikes und muskelbetriebene Velos einander nicht in die Quere kommen. Auf mindestens 50 km Länge soll ein Velo-Vorzugsrouten-Netz entstehen, das die direkte und attraktive Verbindung in alle Quartiere ermöglicht. Aber auch das übrige Velonetz muss aufgewertet und insbesondere sicher gestaltet werden. Dazu gehört auch, dass genügend Abstand zu parkierten Autos ermöglicht wird.

Klimagerechtigkeit

Ein sicheres Velonetz ist entscheidend für die Erreichung von «netto null» im Verkehrsbereich. Zusammen mit dem ÖV als kollektivem Verkehrsmittel und dem individuellen Unterwegssein zu Fuss sorgt eine gute Veloinfrastruktur dafür, dass alle Ziele im Kanton klimafreundlich, sicher und von allen erreicht werden können. Es reicht nicht, wenn fitte und mutige Velofahrer*innen unbeschwert durch die Stadt fahren können, auch Kinder, alte Menschen und Personen, die erst vor Kurzem Velofahren gelernt haben,



Bildquelle: zvg Tonja Zürcher

sollen entspannt Velo fahren können. Sichere Velorouten tragen dazu bei, dass der öffentliche Raum inklusiver gestaltet wird.

Obwohl weniger als ein Drittel der Kantonsbevölkerung ein Auto besitzt und nur rund 20% der Basler*innen das Auto im Alltag brauchen, wird noch immer ein grosser Teil des Strassenraums vom Auto dominiert. Verkehrsberuhigte und sichere Strassen sind deshalb nicht nur entscheidend für die Verkehrswende, sondern auch ein Schritt zu einer gerechteren Nutzung des öffentlichen Raums. In verkehrsberuhigten Strassen steigen die nachbarschaftlichen Kontakte. Kinder spielen häufiger und länger draussen, es entstehen Freundschaften im Quartier.

Vorgeschriebene Mindestanforderungen

Der Gegenvorschlag möchte nur 40 statt 50 km Velovorzugsrouten. Zudem gibt die Initiative verbindliche Mindestmasse für Gestaltung und Sicherheit

von Velorouten vor. Dies stellt sicher, dass das Veloroutennetz nicht nur auf dem Plan existiert, sondern im Alltag spürbar wird. Der Gegenvorschlag überlässt die Formulierung der Mindestvorgaben hingegen dem Baudepartement. Im Vergleich zu heute bedeutet das eine Verbesserung, denn sie werden dadurch für die planenden Behörden verbindlich. Trotzdem bietet die Initiative mit den klaren und nicht durch das Baudepartement aufweichbaren Qualitätsstandards mehr Sicherheit. BastA! empfiehlt deshalb 2x Ja zu Initiative und Gegenvorschlag und bei der Stichfrage die Initiative.



Tonja Zürcher, Vizepräsident*in BastA!

Basta!

Basels starke Alternative





Wir feiern 30 Jahre Basta! am 21.6.2025
ab 16 Uhr im Gemeindehaus Oekolampad
Mehr Infos unter www.basta-bs.ch



Jetzt Mitglied werden!

BASTA! EINE PARTEI IM AUFWIND

Mir ist es eine Ehre, als neu gewählter Präsident der Basta! einen Ausblick auf die kommenden zwei bis vier Jahren zu schreiben. In unserem Jubiläumsjahr des 30-jährigen Bestehens unserer Partei werden wir zurückschauen und feiern, aber vor allem auch die Weichen für unsere Zukunft als radikale linke Partei stellen.

In den letzten 30 Jahren mussten wir uns zwar immer mal wieder neu «erfinden» – aber der Erfolg bei den letzten kantonalen Wahlen hat es deutlich gemacht: Basta! braucht es auch in Zukunft. In unserer Jubiläumssonderausgabe, die im Juni erscheinen wird, werden wir uns mit der Vergangenheit, aber auch der Zukunft von Basta! und linker Politik intensiver beschäftigen. Mein Ausblick auf die kommenden Jahre ist eine persönliche Betrachtung – aber unsere Zukunft als basisdemokratische Partei können wir nur gemeinsam erarbeiten.

ZU MEINER PERSON

Seit Herbst 2017 vertrete ich Basta! im Grossen Rat und befinde mich nun in meiner dritten Legislatur. Meine politischen Schwerpunkte liegen seit meiner Jugend und auch aufgrund meines Berufs als Sozialarbeiter auf der sozialen Frage und der Hoffnung nach einer sozialgerechten Gesellschaft. In der letzten Legislatur präsidierte ich die Gesundheits- und Sozialkommission und mit der zwingenden Überweisung meiner Motion für Familienergänzungsleistungen anstelle von Sozialhilfe konnte ich einen grossen Erfolg feiern. Verhinderung von Armut, Wohnungsnot und Ausgrenzung sowie eine gerechte Steuerpolitik sind mir besonders wichtig. Mit meiner Kandidatur für den Regierungsrat bei den letzten Gesamterneuerungswahlen im vergangenen Herbst konnte ich unseren erstmaligen alleinigen Wahlkampf unterstützen und zu noch mehr Sichtbarkeit beitragen. Mit einem beherzten und engagierten Wahlkampf haben wir insgesamt einen Wähleranteil von 6,7% erzielen können und unsere 6 Sitze verteidigt und beinahe gar zwei zusätzliche Sitze erreichen

8



können. Dieser Erfolg zeigt: Basta! ist als radikale Linke fest verankert und basiert auf der hervorragenden Arbeit des vorherigen Co-Präsidiums und dem grossen Einsatz aller Beteiligten der Partei.

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH UND DRINGEND NÖTIG

Täglich nehmen wir die bedrohliche Weltlage wahr und bei all dem Elend und den Katastrophen ist es herausfordernd, die Zuversicht nicht zu verlieren. Seien es die imperialistischen Kriege in der Ukraine und in Gaza oder die militärischen Konflikte gegenüber der Bevölkerung in Kurdistan, Syrien und im Sudan.

Die Klimakatastrophe wird ignoriert und die dringend notwendigen Massnahmen werden auf die lange Bank geschoben. Die kapitalistische Weltwirtschaft schlittert von Krise zu Krise. Alles wird teurer und die Lebensverhältnisse verschlechtern sich stetig für viele in der Bevölkerung. Und dies alles in Zeiten, in denen neofaschistische Kräfte überall auf der Welt erstarken und die aktuelle Chaospolitik der US-Regierung die Demokratie in Frage stellt und die Welt gesamthaft destabilisiert.

Umso wichtiger wird es, dass wir uns in linken Parteien, Basisbewegungen, Gewerkschaften, feministischen Kollektiven oder zivilgesellschaftlich organisieren. Eine radikale linke Politik

braucht Orte, wo Menschen zusammenkommen und ihr politisches Handeln und Solidarität erleben können. Dies braucht es, um den Mut und die Hoffnung auf eine andere Welt nicht zu verlieren.

AUFBAU DER PARTEI IM FOKUS

In den kommenden zwei Jahren stehen keine intensiven Wahlkämpfe an. Diesen Herbst finden die Einwohnerratswahlen in Riehen statt, die wir im Bündnis mit den Grünen bestreiten werden. Die Wahlpause ist von grossem Vorteil, um Basta! auf organisatorischer und personeller Ebene weiterzuentwickeln und neue Menschen für unsere feministische und sozialistische Politik zu begeistern und stärker einzubinden.

Persönlich finde ich es unerlässlich, in den kommenden zwei Jahren auf den Parteaufbau zu fokussieren, so dass wir für die Herausforderungen in der Zukunft gut gerüstet sind und in kommenden Wahlen weiter zulegen können. Aber auch unsere Fähigkeiten mittels Initiativen, Referenden und Kampagnen auf politische Aktualitäten zu reagieren, müssen wir weiter ausbauen.

Wir brauchen als Basta! neben neuen Formaten der Beteiligung auch eine «revolutionäre Freundlichkeit» und gute Laune. All dies ist notwendig, um mehr und auch jüngere Menschen in die Partei einzubinden und mit der

Zeit auch Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen.

Damit dies gelingt, braucht es aus meiner Sicht eine klare antifaschistische Haltung und eine Fokussierung auf Klassenfragen mit sozialen Botschaften, wie bspw. gegen zu hohe Mieten und Lebenskosten und für mehr Steuergerechtigkeit. Wir müssen in den kommenden Jahren vermehrt auf der Strasse und in den Quartieren präsent und sichtbar sein. Wir müssen mit den Menschen im Gespräch sein und ihre Sorgen in eine zielgerichtete Politik aufnehmen. Unser politisches Engagement findet nicht nur im Parlament statt und die

Sichtbarkeit nicht nur in den sozialen Medien – auch wenn dies heute klar auch dazugehört.

In Zukunft wird es für uns relevant werden, ob wir in der Lage sind, Haustürwahlkämpfe umzusetzen. Dazu braucht es mehr Menschen, die sich in und für die Partei einsetzen. Dies gelingt nicht einfach so und benötigt neben Engagement auch die notwendige Ausdauer und Etablierung von Orten des Zusammenkommens. Als sozialistische und feministische Partei ist uns der kritische und bewusste Umgang mit persönlicher politischer Macht sehr wichtig. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass wir für die kom-

mende Zeit auf die Erfahrung von bisherigen Mandatsträger:innen angewiesen sind und es an uns liegt, diese Erfahrung weiterzugeben.

Basta! ist die linke starke Alternative mit dem Ausrufezeichen, die unsere politisch oft selbstgefällige Stadt in Zukunft dringend nötig hat. Wir stehen vor nicht einfachen Zeiten – aber wir sind gut aufgestellt, um in den kommenden zwei bis vier Jahren an politischer Schlagkraft zuzulegen, als Partei zu wachsen und uns organisatorisch weiterzuentwickeln.

Oliver Bolliger, Präsident Basta!

BASTA! INTERN ABSCHIED

SECHS JAHRE CO-PRÄSIDIUM – EIN GANZ PERSÖNLICHER RÜCKBLICK

Eigentlich wollte ich nie in einer politischen Partei aktiv sein. Das linke Spektrum in der Schweiz erschien mir oft zu bürgerlich, zu wenig progressiv. Doch dann zog ich nach Basel, lernte Basta! kennen – und fand mich politisch sofort zu Hause. In vielen linken Parteien fehlte mir die Radikalität, Dinge wirklich zu verändern. Oft ging es mehr um Kompromisse als um klare Visionen. Basta! hingegen hat mich mit ihrer konsequenten Haltung und ihrem unermüdlichen Einsatz für soziale Gerechtigkeit sofort überzeugt.

Gleich ins Co-Präsidium einzusteigen, war ein steiler Einstieg – und eigentlich gar nicht geplant. Doch dann kam der feministische Streik 2019, einer der prägendsten Tage meines Lebens. Er hat mir nicht nur die Bedeutung von politischem Aktivismus gezeigt, sondern mir auch Lust, Motivation und ein gutes Stück Selbstvertrauen gegeben, dieses Amt zu übernehmen. Die Energie von 500'000 Menschen auf der Strasse mit der Forderungen nach einer Welt, in der Gleichstellung aller Geschlechter und soziale Gerechtigkeit keine Phrasen, sondern Realität sind, das hilft. Dieser Tag hat mir gezeigt, wie kraftvoll Solidarität sein kann – ein Gefühl, das ich

immer wieder bei unseren Diskussionen, Wahlkämpfen und Aktionen auf der Strasse gespürt habe. Politik ist nicht nur Parlamentsarbeit, sondern auch gemeinsames Einstehen für eine bessere Zukunft auf der Strasse.

Rückblickend staune ich, wie schnell diese sechs Jahre vergangen sind. Sechs Jahre – das bedeutet zwei Gross- und Nationalratswahlen, zwei Regierungsratswahlen, Gemeinderatswahlen in Riehen und eine Bürgergemeinderatswahl – und immer mit grossartigen Ergebnissen! Nicht zu vergessen: die wichtige Entscheidung, uns von den Grünen Basel-Stadt zu trennen, um unseren eigenständigen Weg konsequent weiterzugehen.

Sechs Jahre, das heisst auch unzählige Abstimmungen, bei denen wir aktiv waren. Einige konnten wir glücklicherweise gewinnen, bei vielen standen wir aber allein da. Auch das haben wir gemeistert. Es war eine intensive, lehrreiche Zeit, in der wir viel erreicht haben. Und auch wenn es manchmal schwierig war, eines zeichnet Basta! aus: Frau ist nie allein.

Sechs Jahre, in denen so viel passiert ist, dass es schwerfällt, einzelne Mo-

mente hervorzuheben. Ich blicke mit Freude auf diese Jahre zurück und bin überzeugt, dass das Präsidium mit Oliver und einem erfahrenen Vize-Co-Präsidium bestens aufgestellt ist.

Tschüss zu sagen, fällt mir nicht leicht – aber ich bin ehrlich: Es ist auch eine Erleichterung. Nach sechs Jahren ist es höchste Zeit, dass frischer Wind weht. Auch wenn das Co-Präsidium vorerst nicht vollständig besetzt ist, hat die Jahresversammlung gezeigt, dass wir viele neue, motivierte Menschen für die politische Arbeit begeistern konnten. Das macht es mir leichter, loszulassen.

Ich möchte mich von Herzen bei allen bedanken, die mich – besonders in schwierigen Zeiten – unterstützt haben. Euer Rückhalt und eure Solidarität haben mir immer wieder gezeigt, warum politische Arbeit so wichtig ist.



Sina Deiss, ehem. Co-Präsidentin, aktuell Vorstand Basta!

ANGRIFF AUF DIE GRUNDRECHTE: WIE SANS-PAPIERS DAS RECHT AUF BILDUNG UND GESUNDHEIT ENTZOGEN WIRD

Am 13. März hat der Ständerat einer SVP-Motion zugestimmt. Sie verlangt, dass die Behörden in den Kantonen und Gemeinden «sämtliche relevanten Daten von illegalen Migranten betreffend Aufenthaltsstatus, Wohnort, Versicherungsstatus, Prämienzahlungen, Prämienvergünstigungen, Versicherungsleistungen von Krankenkassen, AHV, IV und weiteren Sozialversicherungen» austauschen und abgleichen.

Obwohl dieses Ansinnen sowohl gegen die Bundesverfassung wie gegen internationale Menschenrechtsstandards verstösst, haben neben der SVP auch die FDP und die Mitteparteien die Motion unterstützt. Der Bundesrat empfahl Ablehnung.

Das erklärte Ziel der Motion ist es, «die Anwesenheit von illegalen Migranten in der Schweiz dauerhaft zu bekämpfen und wenn immer möglich dauerhaft zu unterbinden». Sie wird dieses Ziel verfehlen. Das sieht auch die «Plateforme Sans-Papiers Suisse» so, in deren Medienmitteilung es heisst: «Sans-Papiers leben bereits heute unter prekären Bedingungen in der Schweiz. Die Motion wird nicht dazu führen, dass sie das Land verlassen.» Trotzdem oder erst recht hätte eine Umsetzung der Motion verheerende Auswirkungen. Heute können Sans-Papiers eine Krankenversicherung abschliessen und ihre Kinder zur Schule schicken, ohne befürchten zu müssen, dass ihre Daten an die Migrationsbehörden weitergeleitet werden. Arbeitgeber*innen können Sans-Papiers bei den Sozialversicherungen anmelden. Fallen diese Möglichkeiten weg, verschlechtern sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sans-Papiers massiv. Sie werden nur noch im äussersten Notfall ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Schwangere erhalten keine angemessene Betreuung. Und da für die Anmeldung zur Schule ein Krankenversicherungsnachweis erforderlich ist, werden Kinder nicht mehr eingeschult.



AI-generiert mit Chat GPT

Noch ist nicht klar, ob die Motion wortgetreu umgesetzt wird. Immerhin hat Bundesrat Beat Jans in der Debatte betont, er werde keine Massnahmen umsetzen, die gegen geltende nationale und internationale Rechtsnormen verstossen. Sollte es doch so weit kommen, bleibt wohl nur das Referendum.

IM SCHLEPPTAU DER SVP

Dass die SVP die Motion eingereicht hat, verwundert nicht. Seit Jahrzehnten will uns diese Partei weismachen, dass die Zuwanderung der Grund allen Übels sei. Wohnungsnot? Pflegenotstand? Staus auf den Autobahnen? Überfüllte Züge? Ökologische Krise? Angst um Arbeitsplätze? Häusliche Gewalt? Kriminalität? Alles eine Folge der «Masseneinwanderung»! Und das simple Rezept lautet: Ausschaffen und Grenzen dicht machen.

Das Dumme ist nur, dass die SVP mit dieser erbärmlichen Rhetorik bei der Wählerschaft Erfolge verbucht. Was wiederum zur Folge hat, dass Politiker*innen bis weit ins bürgerlich-liberale Lager hinein meinen, ins gleiche Horn blasen zu müssen. Und so winken die eidgenössischen Räte eine Verschärfung des Asylrechts nach der andern durch. Im vergangenen Jahr wurden 4738 Menschen gegen ihren Willen ausgeschafft. Unter anderem werden auch wieder regelmässig Aus-

schaffungen nach Afghanistan durchgeführt. Und dass eine Motion wie die hier zur Diskussion stehende überwiesen wird, wäre vor 5 Jahren noch undenkbar gewesen.

Dasselbe Trauerspiel können wir heute in ganz Europa, ja weltweit beobachten: Rechtspopulistische, zum Teil offenen faschistische Parteien treiben die einst «staatstragenden» liberalen Kräfte vor sich her und drücken der Politik ihren Stempel auf. Die menschenverachtende Rhetorik der Ultrarechten wird «salonfähig». Die Politik verludert, die Demokratie zerbrösel.

WAS ALSO TUN?

Sie erwarten jetzt sicher eine Antwort. Sie lautet: Ich weiss es nicht. Was ich aber weiss: Aufgeben ist keine Option. Ich habe kürzlich eine Karte von Medico International in die Hände gekriegt. Darauf standen zwei kurze Sätze: «Die Welt zerbricht. Solidarität verbindet.»



Martin Flückiger, Vorstandsmitglied Anlaufstelle für Sans-Papiers

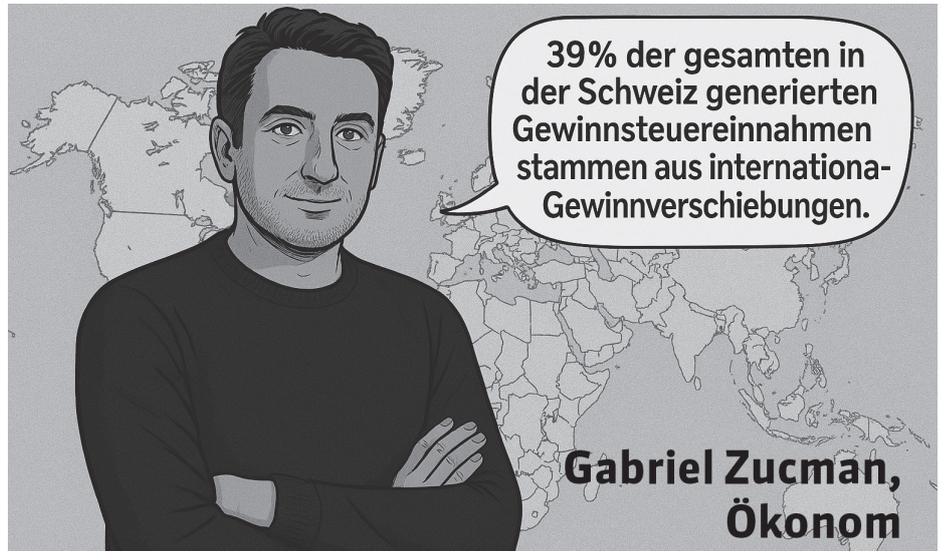
500 MILLIONEN FÜR DIE, DIE SCHON SEHR VIEL HABEN?

In Basel haben Regierung und Parlament die Einführung der OECD-Mindeststeuer in ein Belohnungsprogramm für Big Pharma umfunktioniert. Ein Nein zum Standortförderungspaket am 18. Mai eröffnet der Stadt die Chance, das Geld dort einzusetzen, wo es tatsächlich gebraucht wird – in Basel und weltweit.

«Wenn die Schweiz das zusätzliche Geld nicht nimmt, nehmen es andere», kommentierte der ehemalige SVP-Bundesrat Ueli Maurer und Finanzminister die Einführung der neuen OECD-Mindeststeuer vor zwei Jahren. Zwar ist eine Steuererhöhung für multinationale Konzerne der Steuereroase Schweiz ein wenig wesensfremd. Doch weil das Land gleichzeitig sehr portemonnaiesensibel ist, überzeugte der flotte Spruch des obersten Säckelmeisters nicht nur das rechtslastige Parlament in Bern, sondern auch die Schweizer Stimmbewölkerung. Im Juni 2023 stimmte sie der OECD-Mindeststeuer deutlich zu.

NICHTS FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN ...

Wenig nützen wird die neue Mindeststeuer umgekehrt den Ländern des Globalen Südens. Dort liegen die Gewinnsteuersätze in der Regel zwischen 25 und 35 Prozent, also zehn Prozent über dem neuen Mindeststeuersatz. Aufgrund dieser Differenz gibt es für multinationale Konzerne in der Schweiz keinen Anlass, an jener Praxis, die den Ländern des Südens im gegenwärtigen internationalen Steuersystem für Firmen am meisten schadet, etwas zu verändern: nämlich am sogenannten «Profit Shifting», zu Deutsch «Gewinnverschiebungen». Sehr vereinfacht gesagt müssen die Konzerne ihre Gewinne damit nicht dort versteuern, wo sie diese erarbeiten, sondern können sie dorthin



AI-generiert aus Textinhalt und Foto: <https://gabriel-zucman.eu/wp-content/uploads/2024/10/PhotoGZ12c.jpg>

transferieren, wo sie auf diese am wenigsten Steuern bezahlen. Länder im Globalen Süden verlieren so massiv: In einer Studie der Ökonomen Petr Janský und Miroslav Palanský aus dem Jahr 2019 heisst es, dass jährlich mindestens 80 Milliarden Euro an Gewinnen aus Entwicklungsländern in Niedrigsteuerländer wie die Schweiz verschoben werden. Wie viel von diesem Geld genau in der Schweiz landet, lässt sich aufgrund der Intransparenz des Schweizer Konzernstandortes und mangelnder Daten in den Herkunftsländern nicht feststellen. Klar ist aber: Mit der OECD-Mindeststeuer werden in der Schweiz zusätzliche Steuereinnahmen mit Konzerngewinnen generiert, die nicht in der Schweiz erarbeitet wurden, sondern in Ländern mit deutlich höheren Gewinnsteuersätzen. Für den Pharma- und Chemiestandort Basel sind Patente ein grosses Thema. Diese müssen nicht zwangsweise dort angemeldet werden, wo die Erfindungen, die durch die Patente geschützt sind, erforscht wurden. Wenn etwa Novartis seine Gewinne am Hauptsitz in Basel versteuern möchte, obwohl ein Teil der Forschung aus der

dieses Patent hervorging, auch in den USA oder in Indien gemacht wurde, kann der Konzern das entsprechende Patent trotzdem in Basel registrieren. So profitiert der Konzern von entsprechenden Steuererleichterungen, die auf die Gewinne, die auf dieses Patent zurückzuführen sind, gewährt werden – das nennt sich dann Patentbox.

Die Schweiz profitiert von diesen Gewinnverschiebungen massiv: Gemäss Studien des französischen Ökonomen Gabriel Zucman kommen 39 Prozent der gesamten in der Schweiz generierten Gewinnsteuereinnahmen aus Gewinnverschiebungen. Das waren 2021 knapp 9 Milliarden US-Dollar. Tatsächlich dürften diese Zahlen noch viel höher sein, da viele, vor allem afrikanische Länder in die Studie nicht eingeflossen sind, weil dort dazu die nötigen Daten fehlen. Aus Südafrika ist aber beispielsweise bekannt, dass im Jahr 2019 über eine Milliarde Dollar in die Schweiz verschoben wurden, was einem Steuerminus von 335 Millionen entspricht – 2% der gesamten Steuereinnahmen des Landes. Ähnliche Zahlen liegen für Indonesien vor: Hier wurden 1,785 Milliarden US-

Dollar verschoben, was einem Steuererlust von 446 Millionen Dollar für das Land entspricht; ebenfalls 2% der gesamten Einnahmen.

... ALLES FÜR DIE LOKALEN GROSSKONZERNE

Auch die Basler Pharmariesen haben viele Standorte im Globalen Süden, etwa in Indonesien und Südafrika. Dass Roche, Novartis und andere Basler Konzerne von den Steueroptimierungsmöglichkeiten nicht profitieren, die ihnen der Stadtkanton bietet, ist kaum vorstellbar. Und mit dem Standortförderungsgesetz sorgt der Stadtkanton dafür, dass so viel zusätzliches Steuergeld wie möglich in Basel bleibt – auch wenn es anderswo erarbeitet wurde. Doch damit nicht genug: 300 bis 500 Millionen Franken sollen in einen Fonds fliesen, mit dem Aktivitäten ausgerechnet vor allem jener Basler Konzerne gefördert werden sollen, die die höheren Steuern bezahlen. In Basel wür-

de das zusätzliche Steuergeld also an die Konzerne zurückgespielt und diese von der OECD-Mindeststeuer gewissermassen reingewaschen. Denn nötig haben die Konzerne die Almosen nicht, investierten sie doch in den letzten Jahren deutlich mehr in Aktienrückkäufe und Dividendenzahlungen als in Forschung und Entwicklung. Sie beglückten also lieber ihre Shareholders, als die Entwicklung neuer Medikamente gegen Krebs oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen mit buchstäblich allen zur Verfügung stehenden Mitteln voranzutreiben. Auch ihre Nettogewinne des letzten Jahres sprechen für sich: Roche erzielte über 26%, Novartis fast 24%. Ein Nein zum Standortförderungspaket würde Basel die wundervolle Chance eröffnen, offen und demokratisch darüber zu verhandeln, was man mit einer halben Milliarde Franken anstellen will:

Soll man es tatsächlich jenen geben, die schon sehr viel haben, oder jenen, die es am nötigsten hätten – in Basel und weltweit?



Dominik Gross, Alliance Sud

Dominik Gross ist verantwortlich für Steuer- und Finanzpolitik bei Alliance Sud, dem Schweizer Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik in Bern.

Literatur

Bread for all, Netzwerk Steuergerechtigkeit und Alliance Sud (2021): Cultivating Fiscal Inequality, The Socfin Report. Bern und Berlin.

Petr Janský und Miroslav Palanský (2019): Estimating the scale of profit shifting and tax revenue losses related to foreign direct investment. In: International Tax and Public Finance 26: 1048–1103. Springer Verlag, Berlin.

Kanton Basel-Stadt (2024): OECD-Mindestbesteuerung: Regierungsrat investiert in Standortmassnahmen. Medienmitteilung: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/2024-oecd-mindestbesteuerung-regierungsrat-investiert-standortmassnahmen> (zuletzt aufgerufen am 21.02.2025)

Kanton Basel-Stadt (2023): Der Regierungsrat empfiehlt ein Ja zur OECD-Mindeststeuer. Medienmitteilung: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/2023-der-regierungsrat-empfehl-ja-zur-oecd-mindeststeuer> (zuletzt aufgerufen am 21.02.2025)

**Basel für Alle –
gemeinsam stark für
Bildung, Wohnen &
Klimaschutz!**

Deshalb
NEIN
zur Änderung des
Standortförderungsgesetzes

BastA! GRÜNE GBB JUSO junges grünes bündnis UNIA vpod region basel